

Zu Punkt ^{9.16}
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
30.6.2016



Antrag zur Sitzung des WKÖ-Wirtschaftsparlaments am 30. Juni 2016 betreffend
Freihandelsabkommen TTIP

Die möglichen und zu erwartenden Auswirkungen des Freihandelsabkommens TTIP werden immer heftiger diskutiert. Sowohl die Erfahrung mit anderen Freihandelsabkommen als auch mehrere spezifische Studien zu TTIP lassen befürchten, dass die überwiegende Mehrzahl der österreichischen bzw. europäischen KMU von TTIP entweder nicht profitieren würde oder sogar erhebliche Nachteile in Kauf nehmen müsste.

Laut einer Umfrage des Deutschen Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft in Kooperation mit dem Europäischen Zentrum für Wirtschaftsforschung und Strategieberatung (Prognos AG) erwarten 78% der mittelständischen Unternehmen Deutschlands entweder keine, eher negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihr Unternehmen.

http://www.bvmw.de/fileadmin/download/Bund/Umfragen/2016-03-10_BVMW_Mitgliederbefragung_Praesentation_Kernergebnisse.pdf

Laut einer Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) über die Auswirkungen von TTIP auf die österreichische Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion ergeben sich leicht negative Beschäftigungseffekte für die österreichische Volkswirtschaft, denen keine markanten gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungsgewinne gegenüberstehen.

https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/2016_Files/Documents/2016_Kurzfassung_Bericht_TTIP_IHS_OFSE_final.pdf

Laut einer Studie der britischen Business Growth Foundation (BGF) glauben nur 14% der britischen KMU, dass ihr Unternehmen von TTIP profitieren würde.

<https://drive.google.com/file/d/0Bw3bgY6cMQ3aNVJLVENmWUxQVmpFX2p0YWJnciZyMHZMaDdVN/view?pref=2&pli=1>

Die Österreichische Wirtschaftskammer ist die Interessenvertretung aller ihrer Mitglieder bzw. der gesamten österreichischen Wirtschaft. In §59 des Wirtschaftskammergesetzes wird die Kammerorganisation vom Gesetzgeber sogar zu einem strikten internen Interessenausgleich verpflichtet.

Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament ersucht das Präsidium und das Generalsekretariat, eine unabhängige wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die die für die heimischen KMU zu erwartenden Vor- und Nachteile von TTIP detailliert darstellt, sowie in der öffentlichen Debatte eine entsprechend ausgleichende Position zu den TTIP-Verhandlungen einzunehmen bzw. im Sinne des gesetzlich vorgeschriebenen Interessenausgleichs (§59 WKG), den Anliegen der überwältigenden Mehrheit der KMU ein mindestens ebenso großes Gewicht beizumessen.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft

Sabine Jungwirth

Otto Kazil

Volker Plass